



Gute und zukunfts feste Rente solidarisch sichern

Die SPD hat in der großen Koalition dafür gesorgt, dass zum ersten Mal seit langem wieder bessere Renten-Leistungen möglich werden:

- Die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren nutzt vor allem denjenigen, die lange ihren Beitrag zur Rentenversicherung geleistet haben, denen es aber oft schwerfällt bis 67 zu arbeiten.
- Mit der Mütterrente haben wir mehr Gerechtigkeit für Mütter geschaffen, die Kinder vor 1992 zur Welt gebracht haben. Wir hätten dies allerdings gern vollständig mit Steuermitteln finanziert.
- Die Verbesserungen bei der Erwerbminderungsrente helfen denen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr weiterarbeiten können und die besonders von Altersarmut bedroht sind.
- Durch flexiblere Übergänge in den Ruhestand haben wir die Chance erhöht, möglichst lange im Beruf zu bleiben und selbstbestimmt über den Renteneintritt zu entscheiden.
- Die endlich vereinbarte Angleichung der Renten in Ost und West schließt eine große Gerechtigkeitslücke.

1. Arbeitsmarkt und Rente – zwei Seiten einer Medaille

Rente ist immer auch ein Spiegelbild des Erwerbslebens. Deshalb sind ein hoher Beschäftigungsstand, gute Arbeitsbedingungen und vor allem gute Löhne zentral für die Zukunft der Altersversorgung. Mit der Stärkung der Tarifpartnerschaft und dem Mindestlohn haben wir wichtige Schritte für eine bessere Rente durchgesetzt. Diesen Weg werden wir weitergehen.

Trotz aller Erfolge brauchen wir deutliche Veränderungen, um unser Rentensystem gerechter und zukunfts fest zu gestalten. Wer in Rente geht, darf keine Angst haben, sozial abzustiegen und massive Einschnitte in der Lebensführung hinnehmen zu müssen. Das ist ein zentrales Versprechen des Sozialstaats.

2. Gesetzliche Rente als wichtigste Säule der Alterssicherung stärken

Wir unterstützen die Forderung der Gewerkschaften, die gesetzliche Rente wieder am Ziel der Lebensstandardsicherung und der Armutsfestigkeit auszurichten. Ein weiteres Absinken des Rentenniveaus würde nicht nur den Abstand zwischen Löhnen und Renten vergrößern, es würde auch die Legitimation dieses Systems der Alterssicherung und seine solidarische Finanzierung massiv infrage stellen. Deshalb ist es wichtig, perspektivisch wieder ein Rentenniveau von 50% in der gesetzlichen Rente zu erreichen.

Dies für unfinanzierbar zu halten, verweigert nicht nur mutige Schritte, sondern auch die Einsicht, welche gesellschaftlichen Kosten dem Sozialstaat und dem politischen System durch derart enttäushtes Vertrauen entstehen. Die Stabilisierung und Anhebung des Rentenniveaus ist wichtig, aber nur ein Teil einer gerechten Rentenreform.

Die Realität ist geprägt von immer mehr Wechseln zwischen selbständiger und abhängiger Beschäftigung und zwischen Zeiten der Familien- und der Erwerbsarbeit oder Unterbrechungen durch Arbeitslosigkeit. Deswegen brauchen wir eine lebensstandardsichernde Rente, die sich diesen Anforderungen anpasst.

Die Rentenversicherung trägt auch Verantwortung für das gesunde Erreichen des Renteneintrittsalters. Wir wollen die Aufgaben der Prävention und Rehabilitation weiter stärken.

Besonderen Handlungsbedarf sehen wir bei den Erwerbsminderungsrenten, die schon heute einem hohen Armutsrisiko unterliegen. Die durchschnittliche Erwerbsminderungsrente liegt heute bei 650€. Die in der Koalition vereinbarten Verbesserungen durch die Verlängerung der sog. Zurechnungszeiten reichen nicht aus, wir wollen die Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten abschaffen.

Die Altersvorsorge muss transparenter und verständlicher werden. Nur wer weiß, welche Ansprüche er oder sie hat und wie er oder sie sich eine gute Rente sichern kann, ist auch in der Lage, selber Verantwortung dafür zu übernehmen.

3. Mindestrente – lange arbeiten muss sich lohnen

Wer lange gearbeitet und Beiträge gezahlt und dabei wenig verdient hat, darf nicht genauso behandelt werden, wie jemand, der nie oder kaum gearbeitet hat. Mit einer Mindestrente oberhalb der Grundsicherung wollen wir für mehr Gerechtigkeit sorgen. Wer Mindestrente bezieht, muss keine Bedürftigkeitsprüfung fürchten. Der Vorschlag einer Solidarrente ist dafür eine gute Diskussionsgrundlage.

Auch im Rentensystem muss sich eine partnerschaftliche Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit positiv widerspiegeln. Die Rentensituation von Frauen ist dabei besonders zu berücksichtigen. Für Frauen, die in der Vergangenheit die überwiegende Familienar-

beit in einer Beziehung getragen haben, muss sich das bei der Rente widerspiegeln. Überlegenswert ist etwa eine gleichberechtigte Aufteilung der Rentenansprüche beider Partner, die sie während der Erziehungszeit erworben haben.

Zur besseren Absicherung von Menschen mit gebrochenen Erwerbsbiographien und insbesondere Frauen wollen wir langfristig einen Mindestbeitrag in der gesetzlichen Rente unabhängig von Erwerbstätigkeit. Den Mindestbeitrag sollen alle zahlen, außer denjenigen, die sich in Ausbildung befinden. Mit diesem Beitrag soll mindestens Grundsicherungsniveau erreicht werden.

4. Betriebliche Altersvorsorge – flächendeckend und branchenspezifisch

Die betriebliche Altersvorsorge ist für uns die beste zusätzliche Vorsorge für einen angemessenen Lebensstandard im Alter. Betriebliche Altersvorsorge darf allerdings nicht als Ersatz für ein sinkendes Rentenniveau eingeplant werden, sie muss Ergänzung bleiben.

Die Altersvorsorge muss sich flexibel den unterschiedlichen Anforderungen verschiedener Branchen anpassen. Sie muss dabei sowohl kürzere oder längere Lebensarbeitszeiten in verschiedenen Berufen als auch Aus-, Fort- und Weiterbildungsanforderungen berücksichtigen. Dabei sollte die Betriebsrente eine wichtige Rolle spielen.

Die aktuelle Ausgestaltung der Betriebsrenten ist komplex und erreicht nicht diejenigen, die eine zusätzliche Altersvorsorge dringend nötig haben, nämlich Gering- und Niedrigverdienende. Wir wollen daher eine flächendeckende, obligatorische Betriebsrente mit klarem und verbindlichem Gesetzesrahmen und einem Vorrang für tarifliche Lösungen.

Nur eine Minderheit der Beschäftigten in der Privatwirtschaft ist überhaupt noch durch einen Tarifvertrag und einen Betriebsrat gedeckt. Deshalb muss es gerade für nicht tarifgebundene Bereiche klare gesetzliche Regelungen und Anforderungen geben. Wir wollen grundsätzlich kollektive Lösungen, die Verwaltungskosten minimieren und sicherstellen, dass die Betriebsrente bei Jobwechseln mitgenommen werden kann.

Um die Attraktivität der betrieblichen Altersvorsorge zu gewährleisten, dürfen die Kapitalmarktrisiken jedoch nicht einseitig bei den Beschäftigten und Rentnerinnen und Rentnern liegen. Für sie muss es im Ruhestand weiterhin Planungssicherheit geben. Mit der betrieblichen Altersvorsorge können branchenspezifische Anforderungen (Altersteilzeit, Abkaufen von Abschlüssen, ...) tarifpartnerschaftlich umgesetzt werden. Unterschiedliche Branchen haben unterschiedliche Belastungen und Anforderungen an einen Rentenübergang.

Gerade für Geringverdiener mit geringen Rentenansparungen muss sich betriebliche Altersvorsorge lohnen. Deshalb begrüßen wir den geplanten Freibetrag in der Grundsicherung ausdrücklich.

Für die anfallenden Krankenkassenbeiträge bei Betriebsrenten muss eine Lösung gefunden werden, um betriebliche Altersvorsorge attraktiver zu machen. Analog zur Familienkomponente in der bisherigen Riester-Förderung sollen künftig Erwerbstätige mit Kindern grundsätzlich in der betrieblichen Altersversorgung besondere Unterstützung erhalten.

5. Riesterrente zukünftig ohne Steuergeld

Die kapitalgedeckte private Vorsorge als dritte Säule der Rentenversicherung hat die Erwartung, das sinkende Rentenniveau zu kompensieren, bei weitem nicht erfüllt. Gleichzeitig wurden die Beitragsbelastung und das Risiko einseitig zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hin verschoben.

Insbesondere Geringverdiener haben trotz staatlicher Zulagen und Steuervergünstigungen wenig Gebrauch von der Riesterrente gemacht. Stattdessen fließen erhebliche Teile der staatlichen Förderung an die oberen 20 Prozent der verfügbaren Einkommen. Wir wollen daher die staatliche Förderung und Subventionierung der privaten Rentenvorsorge auslaufen lassen. Dabei erhalten alle bestehenden Verträge Bestandsschutz.

Wer in Zukunft eine zusätzliche private Altersversorgung abschließen möchte, muss auf Steuersubventionen verzichten. Dafür wollen wir mit den freiwerdenden Mitteln die Betriebsrenten fördern. Unabhängig von staatlicher Förderung stehen wir der Idee aufgeschlossen gegenüber, den Markt der privaten Vorsorge hin zu einfacheren, transparenten Produkten deutlich stärker zu regulieren.

6. Finanzierung: Solidarität in einer Erwerbstätigenversicherung

Die Finanzierung der Rente muss den Prinzipien der Solidarität und der Parität folgen.

Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung erweitern, in die Abgeordnete, Freiberufler, Selbständige und Versorgungswerke integriert werden. Perspektivisch sollen auch Beamte einbezogen werden. Die geplante Pflichtversicherung von Selbständigen ist dabei ein erster wichtiger Schritt.

Gleichzeitig mit den Selbständigen sollten in der nächsten Legislaturperiode endlich auch Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Die SPD-Bundestagsfraktion sollte nach der Bundestagswahl entsprechende Initiativen ergreifen, um die Altersversorgung von Abgeordneten im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung neu zu regeln. Dies würde unsere politische Glaubwürdigkeit stärken.

Um die gesetzliche Rente zu stärken, müssen versicherungsfremde Leistungen über Steuern finanziert werden. Dazu gehört z.B. die Mütterrente. Auch die weitgehende Finanzierung der notwendigen Angleichung der Renten in Ost- und Westdeutschland aus der Rentenkasse halten wir für falsch.

Die Erhöhung des Staatszuschusses und die schrittweise Anhebung des Beitragssatzes zum Aufbau einer Demografiereserve eröffnen weitere Spielräume. Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie ein Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze verfassungskonform ausgestaltet werden kann, ohne dass daraus aufgrund des Auszahlungs-Äquivalents höchste Leistungsansprüche entstehen.

7. Gerechtigkeit ist keine Frage von Jung und Alt

Auch junge Frauen und Männer profitieren von einem sicheren, starken und solidarischen System der Altersversorgung. Junge Menschen wissen das, wie zahlreiche Studien belegen. Eine Scheindebatte über den Konflikt zwischen Jung und Alt lenkt deshalb vom eigentlichen Thema ab. Gute Löhne, gute Renten und soziale Sicherheit sind vor allem eine Frage gesellschaftlicher Verteilung und nicht von Jung und Alt.

Gute, lebensstandardsichernde Renten sind für das Vertrauen in den deutschen Sozialstaat von zentraler Bedeutung. Ein System, das so stark auf Generationensolidarität beruht wie die Altersversorgung, braucht langfristige Sicherheit, unabhängig von den Entwicklungen des Kapitalmarktes.

Klar ist: Soziale Sicherungssysteme müssen sich angesichts neuer Herausforderungen ständig neu bewähren und sich wandelnden Verhältnissen anpassen. Dabei müssen sie aber verlässlich bleiben, dem Ziel gesellschaftlicher Solidarität und sozialer Gerechtigkeit verpflichtet.

Berlin, April 2017



Die Parlamentarische Linke (PL) ist ein Zusammenschluss von sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten. Unser Ziel ist es, Diskussionen anzustoßen, politische Ideen zu entwickeln und ihre Umsetzung voranzutreiben – innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion und auch darüber hinaus. Dabei eint uns unsere Zugehörigkeit zur SPD-Linken und das damit verbundene Eintreten für Freiheit, Gleichheit und gesellschaftlichen Fortschritt. Mit fast 90 Mitgliedern ist die Parlamentarische Linke der größte Zusammenschluss innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Herkunft nicht über Lebenschancen entscheidet. Wir wollen, dass Wohlstand gerecht verteilt wird. Und wir wollen einen sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft, der die Arbeitswelt der Menschen ins Zentrum rückt. Unsere Überzeugungen bringen wir in die Tagespolitik, aber auch darüber hinaus ein. Denn unser Anspruch ist es, über den Tellerrand hinaus zu denken. Gemeinsam mit unseren Bündnispartner_innen in Wissenschaft und Zivilgesellschaft arbeiten wir an neuen Ideen für eine solidarische Gesellschaft.